

# Zschäpe-Anwälte werden auf Waffen durchsucht



Kurz vor Beginn des NSU-Prozesses am Oberlandesgericht München werfen Beate Zschäpes Anwälte dem Gericht „offene Diskriminierung der Verteidiger“ vor. Der Vorsitzende, Richter Manfred Götzl ordnete an, dass Wolfgang Stahl, Wolfgang Heer und Anja Sturm (Bild: v.l.n.r.) vor jedem Prozesstag körperlich durchsucht werden müssten, „um das Einschmuggeln von gefährlichen Gegenständen“, wie Waffen oder Sprengstoff ins Gericht zu verhindern, berichtet der Focus.

Da die anderen Prozessbeteiligten dieser richterlichen Regelung nicht unterliegen beantragten die drei betroffenen Anwälte nun in einem Schreiben vom 7. April, dass auch „Richter, Vertreter des Generalbundesanwalts, Justizbedienstete und Polizeibeamte“ penibel durchsucht werden sollten, da ja auch diese theoretisch Waffen einschmuggeln könnten.

Unterdessen hat nach Einschätzung von Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen der Verfassungsschutz nun Indizien dafür, dass eine ganze Reihe von Rache-Aktionen seitens der Islamisten geplant worden seien. Es könnte sich bei den Anschlagplänen der Salafisten gegen Mitglieder von Pro-NRW um gezielte Vergeltung gehandelt haben, berichtet der Spiegel. Bei der Auswahl der Namen, auf der bei den Salafisten gefundenen Liste der Pro-NRW-Aktivisten und auch bei der sichergestellten Pistole des Typs „Cesnka“, handle es sich „aus meiner Sicht um eine bemerkenswerte Parallele“, sagte Maaßen. Die neun Mordanschläge der NSU waren mit einer Waffe gleichen Typs verübt worden. Sollten weitere Zusammenhänge belegt werden können so „wäre es eine weitere Eskalationsstufe

der Konfrontation zwischen diesen Spektren“, so der Präsident des Verfassungsschutzes.